

## **Haushaltserklärung des Stadtkämmerers Verabschiedung des Haushalts 2022**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren des Stadtrates,

ich orientiere mich in diesem Jahr an der Haushaltserklärung meines Kollegen Riedel aus Nürnberg, denn ähnlich wie die Stadt Nürnberg kommen auch wir aus einem im Nachhinein betrachtet „goldenen Haushaltsjahrzehnt“. Auch uns haben hohe und gewachsene Einnahmen in der Vergangenheit geholfen, unsere Vorhaben, auf die wir uns, bzw. Sie, Ihre Vorgänger und mein Vorgänger sich gemeinsam verständigt hatten, Schritt für Schritt umzusetzen:

- Erste wichtige Investitionen in Schulen, KiTas und Infrastruktur konnten getätigt werden. Die Ausgaben für Kultur und ÖPNV konnten erheblich gesteigert werden.
- Auch wir haben den Leitsatz der „solidarischen Stadtgesellschaft“ in vielen Bereichen konkret gelebt mit vielen Maßnahmen und Projekten im Kultur-, Jugend- und Sozialbereich, in der Stadtplanung – und wir konnten uns das leisten.
- Auch unsere Töchter hatten sich gut entwickelt, standen weitgehend auf eigenen Beinen, sei es ANregiomed, die Stadtwerke, die ABuV, die awean, die Bachwoche oder auch das Theater Ansbach.
- Was wir, anders als die Stadt Nürnberg, nicht geschafft haben, ist eine Stärkung der Verwaltung. Dort wo zwingend notwendig und unabweisbar, wurden zwar Stellen in den Bereichen Bürgerservices, im Bau- und Planungsbereich, im Jugend- und Sozialbereich und sogar in der Querschnittsverwaltung geschaffen. Aber weiterhin ist die Verwaltung „auf Kante genäht“.

Bei all dem haben wir in der Vergangenheit miteinander darauf geachtet, dass der Haushalt im Gleichgewicht bleibt. Es waren sogar leichte Überschüsse möglich, die uns heute über die Allgemeine Rücklage helfen. Die Haushalte der vergangenen Jahre waren voll genehmigungsfähig, ohne Sparauflagen und auch die mittelfristige finanzielle Leistungsfähigkeit war im Lot. Es war nicht so, dass es nicht auch schon vormals viele zusätzliche Bedarfe und Bedürfnisse gegeben hätte, aber dies wurde im Dialog miteinander ausbalanciert. Dadurch konnte ein altes, auch aus meiner Sicht unsinniges Rollenmuster etwas zurückstehen: der Stadtrat will immer mehr und der Kämmerer sagt immer nein. Es wurde sich mit einer guten Mehrheit meist schnell im Sinne der Fortentwicklung der Stadt geeinigt. Die Verwaltung unter Oberbürgermeisterin und Oberbürgermeister konnte sich nach der Entscheidung des Stadtrats auf das „Wie“ der Umsetzung konzentrieren.

Seit dem 1. Mai 2020 hat sich vieles verändert, auf das Sie als Stadtrat reagieren mussten, daran gibt es keinen Zweifel:

- Die Coronakrise hat neue Aufgaben und Ausgaben gebracht, die unumgänglich waren.
- Die damit einhergehende Wirtschaftskrise hat die Einnahmensituation in 2020 geändert. Dafür kann niemand in diesem Haus irgendetwas – aber es besteht die Gefahr, dass die öffentlichen Haushalte, eben auch in Ansbach, an „longco-vid“ leiden.
- Die Notwendigkeit, Maßnahmen zu ergreifen, um einen Beitrag zur Verlangsamung des Klimawandels zu leisten, geht einher mit dem Wunsch der Bürgerschaft, die Lebensqualität in der Stadt zu erhalten und zu verbessern, auch durch mehr Grün und eine andere Verkehrskultur.
- Die suburbane Lage Ansbachs und die daraus entstehenden Bedarfe und Bedürfnisse gehen nicht immer einher mit den politischen Zielsetzungen in der Landes- und Bundespolitik. Hier ist allen voran die breite medizinische Versorgung im eher ländlich geprägten Raum zu nennen.

Sie haben deshalb zu Recht Maßnahmen beschlossen, die ich nicht politisch zu bewerten habe. In meiner Rolle bin ich aber verpflichtet dazu, Sie deutlich darauf hinzuweisen, dass wir Gefahr laufen, dass der Wille, die Ansbacher Stadtpolitik in vielerlei Hinsicht nachhaltiger auszurichten, in gewisser Weise die Nachhaltigkeit der Stadtfinanzen gefährden kann. Und dass dadurch ein nicht zu unterschätzendes Risiko entsteht, dass das, was die Mehrheit des Stadtrats im kommenden Jahrzehnt an konkreten Projekten angehen will, nicht mehr zu finanzieren ist.

Ich will aber nicht nur in Richtung des Stadtrates mahnen und warnen. Selbstkritisch muss ich für die Verwaltung sagen, dass die Haushaltsanmeldungen für die Jahre 2021 und 2022 als äußerst ambitioniert anzusehen sind. An der Aussage „Wir schaffen das“ werden wir uns in den nächsten Monaten messen müssen. Bereits jetzt ist klar, dass wir im Jahr 2022 wieder Haushaltsausgaberecorder produzieren werden.

Bereits bei der Haushaltseinbringung habe ich ausdrücklich auf das Thema „Dauernde Leistungsfähigkeit“ hingewiesen. Dies habe ich vor allem von der finanziellen Seite her beleuchtet. Heute nur so viel: Wenn die genannten Kriterien dauerhaft nicht eingehalten werden können, dann wären der Stadt Ansbach weitere Kreditermächtigungen zu versagen. Das kann im Ernstfall bedeuten, dass wir keine weiteren Kredite mehr genehmigt bekommen und ein wesentlicher Teil unserer Investitionen nicht stattfinden kann. Und mit Blick auf viele Ruhrgebietsstädte ist dies kein Horrorszenario sondern drohende Realität.

Auch mit Blick auf die personelle Leistungsfähigkeit und die immer weiter ausufernde Vorschriftenlage sind wir am Rande dessen was wir leisten können. So kann ich – ähnlich wie der Kollege Riedel – nur zu einer Beschlusdiät aufrufen.

Nun zu den Zahlen:

Mit einem Haushaltsvolumen in Höhe von 177 Mio. € übersteigt der Haushalt 2022 erneut die Volumina der Vorjahreshaushalte. Allein im Vergleich zum Vorjahr steigt das Haushaltsvolumen um rd. 5 % an. Mit den immer noch schwer zu abzuschätzenden Auswirkungen und Folgen der Corona-Pandemie muss ein so hohes Haushaltsvolumen kritisch betrachtet werden.

Gerechtfertigt ist dies zum einen durch das *Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft*. Es besagt, dass in Ausnahmesituationen kurzfristig stabilitätsorientiert und konjunkturpolitisch gehandelt werden soll. Das bedeutet, dass gerade in schlechten Zeiten Geld ausgegeben werden soll, um die Wirtschaft zu unterstützen.

Zur Finanzierung dieses Haushaltes sind Kreditaufnahmen in Höhe von rund 10 Mio. € eingeplant. Eine solche Summe ist notwendig, da, auch wenn in 2021 die Gewerbesteuererinnahmen voraussichtlich besser ausfallen werden als geplant, in 2022 weiterhin die Einnahmeerwartungen der Vorvorjahre unterschritten werden. Insbesondere sind kaum mehr so hohe Erlöse aus Grundstücksgeschäften zu erwarten wie zuletzt noch 2018.

Weiter zu beachten ist, dass die Kreditaufnahmeermächtigungen der Vorjahre durch die *Verordnung über kommunalwirtschaftliche Erleichterungen anlässlich der Corona-Pandemie von 2020* gewissen Rahmenbedingungen unterliegt.

Durch diese Verordnung hat sich der Stadt Ansbach die Möglichkeit eröffnet für das Haushaltsjahr 2021 Kredite zur Haushaltssicherung aufzunehmen. Die Betrachtung der dauernden Leistungsfähigkeit ist über einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren sicherzustellen. Dies haben wir über eine langfristige Finanzplanung getan – in dem Wissen, dass uns viele Aufgaben bevorstehen.

Bei Betrachtung der Maßnahmen und Projekte des Haushalts 2022 liegt der Fokus auf dem Neu- bzw. Umbau sowie auf der Renovierung von Kindertagesstätten und Schulen. Zusätzlich sollen vermehrt Mittel in den Unterhalt bestehender Gebäude und Straßen fließen. Des Weiteren gilt es, wie bereits in den Vorjahren, die Mitarbeiterzufriedenheit zu verbessern und dadurch in einem weiteren Schritt auch ein attraktiverer Arbeitgeber für potentielle Bewerber zu sein. Ziel ist es die beste Leistung für die Bürger bereitzustellen.

Die größeren Investitionsmaßnahmen 2022 sind:

Schule Schalkhausen	2.825.000 €
Ausbau Urlasstraße	1.700.000 €
Kindertagesstätte Brodswinden	1.060.000 €
Hochbaumaßnahme Fischerstraße (Wohnungsbau)	950.000 €
Rathaus/Schrammhaus	900.000 €
Erschließung Baugebiete sowie Grunderwerb	715.000 €
Schuldigitalisierung	691.500 €

Die Stadt Ansbach steht weiterhin hinter dem gemeinsamen Kommunalunternehmen ANregiomed und bekennt sich zum ÖPNV. In beiden Bereichen ist aber davon auszugehen, dass in den nächsten Jahren erhebliche Mehrausgaben notwendig sein werden.

Die größten, zukünftigen Herausforderungen innerhalb der Stadtverwaltung stellen der Generationenwechsel sowie die Altersstruktur dar. Des Weiteren stehen aktuell keine ausreichenden Räumlichkeiten für Betriebsamt und Verwaltung zur Verfügung. Hier haben wir die Vorüberlegungen aus den vorangegangenen Jahren in den diesjährigen Haushaltsberatungen konkretisiert und sehen Lösungen.

Die Stadt Ansbach wird aufgrund der hohen Tilgungen, sowie weiterer Mehrausgaben und Mindereinnahmen in den nächsten Jahren kaum mehr finanzielle Mittel in der freien Finanzspanne zur Verfügung haben.

Mit Blick in die Zukunft ist es in den kommenden Jahren wichtig, die verschiedenen freiwilligen Leistungen auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen und bei Pflichtleistungen darauf zu achten, ob diese auch wirtschaftlicher erbracht werden können.

Insgesamt handelt es sich jedoch trotz der Corona-Pandemie um einen zukunfts-sicheren Haushalt, der die Umsetzung notwendiger Projekte und Maßnahmen ermöglicht.

Ich bedanke mich beim Stadtrat für die konstruktiven Beratungen, sowie bei allen Kolleginnen und Kollegen für ihre Mitwirkung – beides ist unter den gegebenen Pandemie-Umständen nicht selbstverständlich!

---

Christian Jakobs  
(Stadtkämmerer)